



Jean-Claude Unding,

Präsident der Salariatskammer, bekam mit seiner Kritik am Gesetzesentwurf der Regierung zur Einführung der sogenannten 1-Euro-Gesellschaft (s.à.r.l.-S) unerhofften Sukkurs aus Unternehmerkreisen. Auf Radio 100,7 ging Jacques Konstantin, der Präsident der Vereinigung *Jong Handwierk*, scharf ins Gericht mit der Absicht der Regierung Firmengründungen ohne Gesellschaftskapital zu ermöglichen (bisher waren dazu 12 500 Euro nötig). Die 1-Euro-Gesellschaft könne eine Zunahme der Firmenpleiten mit sich bringen, so Konstantin, der der Dreierkoalition eine zu große Marktgläubigkeit vorwarf. Sie glaube, es werde sich alles von selbst regeln, wenn „*Jenni a Menni*“ ohne jegliche Ausbildung und Kapital eine Firma aufmachen können. Der Gesetzesentwurf zur Einführung der 1-Euro-Gesellschaft wird hingegen von den Großunternehmern der Handelskammer verteidigt, auf deren Mist er auch gewachsen ist.